

Bundesregierung

legt Jahreswirtschaftsbericht 1986 vor:

Soziale Marktwirtschaft – der Weg zu mehr Beschäftigung

Das Bundeskabinett hat am 29. Januar den Jahreswirtschaftsbericht 1986 verabschiedet. Er ist ein überzeugendes Dokument wirtschaftspolitischer Klarheit und Verlässlichkeit. Er belegt eindrucksvoll die Erfolge, die seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 erzielt worden sind. 1986 wird sich der Aufschwung verstärkt fortsetzen und sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Dazu folgende Auszüge aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1986, der auch als Bundestagsdrucksache 10/4981 veröffentlicht worden ist.

I. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1986

1. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hat 1985 deutlich an Kraft gewonnen. Getragen wird die gesamtwirtschaftliche Expansion von einem breiten Fächer binnen- und außenwirtschaftlicher Impulse. Bei Investoren und Verbrauchern ist die Zuversicht beachtlich gewachsen. Die Beschäftigungslage verbessert sich zusehends.

Der Aufschwung geht nunmehr in sein viertes Jahr. Er entfaltet sich auf solider Grundlage. Zu Recht sieht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1985/86 gute Aussichten dafür, daß die deutsche Wirtschaft auch über das Jahr 1986 hinaus auf Wachstumskurs bleibt und die Beschäftigung weiter steigt.

Die Konstitution der deutschen Wirtschaft ist fühlbar verbessert. Vor allem ist der Anspruch des Bürgers auf **stabilen Geldwert** inzwischen weitgehend erfüllt. Die **Staatsfinanzen** sind wieder **geordnet**. Die **Haushaltsdefizite** wurden **deutlich zurückgeführt**. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt konnte spürbar verringert werden. **Die Gesundung der öffentlichen Finanzen macht nachhaltige Steuersenkungen möglich**. Auch ist die Privatisierung von Unternehmen im Staatsbesitz in Gang gesetzt.

Der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zur Vermögensbildung in Form von Produktivkapital wurde erleichtert. Für die Beschaffung von Eigenkapital durch mittelständische Unternehmen gibt es bessere Bedingungen. Durch das Zusammenwirken von stabilitätsgerechter Geldpolitik und solider Finanzpolitik war es möglich, die Zinsen zu senken und ein Abkoppeln vom internationalen Zinsniveau zu erreichen.

Insgesamt haben sich dadurch die Freiräume der Privaten erweitert. Der Drang zur Selbständigkeit ist wieder größer geworden. Die Existenzgründungen nehmen zu. In den Unternehmen wächst die Investitionsbereitschaft kräftig. Kapazitätserweiterungen gewinnen wieder an Gewicht. **Damit vergrößern sich — auch nach Auffassung des Rates — die Chancen für einen lang anhaltenden Aufschwung mit einer beschleunigten Ausweitung der Dauerarbeitsplätze.** Die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum — so das Urteil des Rates — sind besser als anderswo in Europa.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist damit auf dem richtigen Kurs. Die marktwirtschaftliche Neuorientierung trägt Früchte. Nicht dirigistische Maßnahmen mit kurzfristigen Scheinerfolgen, sondern nur die eingeleitete Politik einer grundlegenden marktwirtschaftlichen Erneuerung und einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bietet Gewähr dafür, daß die Volkswirtschaft die heutigen Probleme schrittweise lösen und die Herausforderungen von morgen auf Dauer erfolgreich bestehen kann.

Mit dem Jahr 1985 ist die deutsche Wirtschaft auf dem Wege zu einer besseren Erfüllung der Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes einen bedeutenden Schritt vorangekommen:

■ **Das Wachstum des Bruttosozialproduktes** hat sich nach erheblichen Behinderungen durch den ungewöhnlich starken Wintereinbruch Anfang 1985, den stärksten seit mehr als zwanzig Jahren, im Jahresverlauf deutlich beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zunahme **real 2,5 Prozent**.

■ **Nachdem das Sozialprodukt real von Anfang 1980 bis Ende 1982 saisonbereinigt um rd. 2,5 Prozent zurückgegangen war, ist es seitdem bis Ende 1985 um fast 10 Prozent gestiegen.** Dies entspricht einer Zunahme der wirtschaftlichen Leistung auf Jahresbasis um annähernd 150 Mrd. DM. Wichtig ist dabei vor allem, daß die Investitionsschwäche der Wirtschaft, eine wesentliche Ursache der derzeitigen Probleme am Arbeitsmarkt, überwunden

werden konnte. Nach einem realen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 1981 und 1982 von rd. 10 Prozent haben diese in den folgenden drei Jahren wieder real um insgesamt rd. 15 Prozent zugenommen. Für 1986 planen die Unternehmen eine weitere deutliche Ausdehnung ihrer Investitionstätigkeit.

■ **Der Anstieg der Beschäftigung**, der nach einem dramatischen Rückgang zu Beginn der achtziger Jahre 1984 wieder in Gang kam, setzte sich 1985 verstärkt fort. **Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Verlauf des vergangenen Jahres um rd. 250 000.** Damit war sie zuletzt spürbar höher als Ende 1982.

■ **Die Steigerungsrate der Verbraucherpreise** konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgeführt werden. Ende 1985 war der Preisindex für die Lebenshaltung **nur noch um 1,8 Prozent** höher als zwölf Monate zuvor. Die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau verzeichneten **den niedrigsten Anstieg seit Beginn ihrer statistischen Erfassung (1962).**

Die Bundesrepublik Deutschland steht in bezug auf die Preisstabilität an der Spitze der westlichen Industrienationen.

■ Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gut. Der hohe technologische Stand deutscher Erzeugnisse und eine attraktive Produktpalette tragen dazu ebenso bei wie pünktliche Lieferungen, guter Service und stabile Preise.

Ein stabiler Geldwert, wie er jetzt wieder erreicht ist, erleichtert für den einzelnen die langfristigen Entscheidungen und ist ein wesentliches Element zur Stabilisierung des Vertrauens und zur Stärkung der Realeinkommen. Geldwertstabilität schafft Sicherheit, daß das Ergebnis der Leistung von heute auch morgen noch seinen Wert behält.

Stabilitätspolitik ist soziale Politik. Sie verhindert inflationäre Einkommens- und Vermögensumverteilung, die primär die sozial Schwächeren belasten. Den Lohn- und Gehaltsbeziehern werden auch bei moderaten Nominallohnsteigerungen Realeinkommenszuwächse zuteil. Ebenso werden Anhebungen von Renten- und Sozialleistungen nicht mehr durch Preissteigerungen aufgezehrt, sondern führen zu einer Steigerung der Kaufkraft.

Neben diesen positiven Wirkungen für Arbeitnehmer, Rentner und Sparer fördern **stabile Preise** vor allem entscheidend das Wachstum der Wirtschaft und **verbessern die Chancen für mehr Beschäftigung.**

Für eine weitere Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spricht vor allem, daß die Stimmung bei Unternehmern und Verbrauchern im Jahresverlauf spürbar zuversichtlicher geworden ist. Der Geschäftsklima-Index des Ifo-Instituts, in dem die Urteile der Unternehmer über ihre derzeitige Geschäftslage und ihre Erwartungen für die künftige Entwicklung erfaßt werden, erreichte für die Verarbeitende Industrie den höchsten Stand

seit mehr als zehn Jahren. Bei anhaltend hoher Auslandsnachfrage und zunehmenden Inlandsbestellungen beabsichtigen die Unternehmen, ihre Produktion weiter zu steigern.

Die verbesserte Wirtschafts- und Beschäftigungslage hat die Verbraucher wieder kauffreudiger gestimmt. Der private Verbrauch hat sich infolgedessen seit Mitte letzten Jahres deutlich belebt. Annähernd stabile Preise und eine zunehmende Beschäftigung ließen auch bei moderaten, der gesamtwirtschaftlichen Situation angemessenen Tariflohnabschlüssen die Realeinkommen steigen. Die zum 1. Januar 1986 in Kraft getretene Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wird dem privaten Verbrauch zusätzliche Impulse geben.

Am Arbeitsmarkt hat der Aufschwung inzwischen zu erkennbaren Fortschritten geführt:

■ **Seit der Jahreswende 1983/84 haben rd. 350 000 Menschen zusätzlich Arbeit gefunden.** Die Zahl derjenigen, die sich eine selbständige Existenz aufbauen wollen, nimmt erstmals seit vielen Jahren wieder zu.

■ **Die Jugendarbeitslosigkeit liegt deutlich unter dem Stand der Vorjahre.** Im Vergleich mit allen anderen EG-Ländern war die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen unter 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland am niedrigsten.

■ **Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Abgängern aus Arbeitslosigkeit war mit 6,8 Monaten erstmals leicht rückläufig.**

■ **Die Zahl der Kurzarbeiter** ist gegenüber ihrem Anfang 1983 registrierten Höhepunkt **um über eine Million reduziert** worden. Sie beträgt heute weniger als ein Fünftel des damaligen Standes und hat — mit Ausnahme der Bauwirtschaft — in den meisten Bereichen der Wirtschaft inzwischen kaum noch Bedeutung. Die Beschäftigungsreserven in den Betrieben sind weitgehend erschöpft; die angestrebte Ausdehnung der Produktion erfordert die Einstellung zusätzlicher Arbeitnehmer.

■ **Auch der Bestand der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen** — binnen Jahresfrist war hier eine Zunahme von mehr als einem Drittel zu verzeichnen — **macht den wachsenden Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft deutlich.**

2. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

Angesichts der im ganzen günstigen Ausgangslage bleibt es **wirtschaftspolitisches Hauptziel der Bundesregierung, weitere Fortschritte in Richtung eines hohen Beschäftigungsstandes zu erzielen**, ohne die eingetretenen Erfolge zu gefährden. Voraussetzung dafür ist die konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses.

Die **Bundesregierung** erwartet auf Grund der um die Jahreswende verfügbaren Informationen und der sich abzeichnenden Perspektiven 1986 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch

■ ein **kräftiges Wirtschaftswachstum**, so daß das Bruttosozialprodukt sein Vorjahresniveau im Jahresdurchschnitt real um rd. 3 Prozent und damit stärker als in den letzten sechs Jahren übertreffen dürfte,

■ eine **weiter zunehmende Beschäftigung, die zu einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl um rund 300 000 Personen**, das sind mehr als 1 Prozent, im Jahresdurchschnitt führt und zu einer **deutlichen Senkung der Arbeitslosenquote** auf rd. 8,5 Prozent der unselbständigen bzw. rd. 7,5 Prozent aller Erwerbspersonen beitragen dürfte,

■ die **Bewahrung des bereits hohen Grades an Preisstabilität** mit einer Begrenzung des Verbraucherpreisanstiegs auf rd. 1,5 bis 2 Prozent im Jahresdurchschnitt,

■ das Auslaufen der Tendenz zu steigenden Überschüssen bei den laufenden Transaktionen mit dem Ausland, wodurch sich der nominale Außenbeitrag bei + 4 Prozent und der gesamte Leistungsbilanzüberschuß bei ca. 2 Prozent des Bruttosozialprodukts stabilisieren dürfte.

Diese gesamtwirtschaftlichen Eckwerte entsprechen weitgehend den Erwartungen anderer Stellen, seien es wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute, der Sachverständigenrat oder internationale Organisationen. Abweichungen in den Vorausschätzungen für das Wirtschaftswachstum gehen dabei durchweg in die positive Richtung. Von daher ist der Ansatz der Jahresprojektion eher eine vorsichtige Zielsetzung.

II. Soziale Marktwirtschaft – der Weg zu mehr Beschäftigung

Klarheit, Verlässlichkeit und Kontinuität der Wirtschaftspolitik

1. Neue Arbeitsplätze durch wirtschaftliche Dynamik

Die **Bedingungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs im Jahr 1986 und darüber hinaus sind gut**. Die Bundesregierung hat seit Herbst 1982 ihre Wirtschaftspolitik konsequent darauf ausgerichtet, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstumsdynamik und mehr Beschäftigung grundlegend zu verbessern. Ihr mittelfristiges, auf Klarheit, Verlässlichkeit und Kontinuität angelegtes marktwirtschaftliches Konzept hat sie in den drei letzten Jahreswirtschaftsberichten dargelegt.

Diese Politik hat bei Bürgern und Wirtschaft positive Resonanz gefunden. Das Vertrauen auf individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortung, auf einen funktionsfähigen Wettbewerb mit freier Preisbildung zur Steuerung von

Angebot und Nachfrage, auf Tarifautonomie sowie auf die Anerkennung von Leistung, Kreativität und wirtschaftlichen Erfolg zahlt sich aus.

Die Bundesrepublik Deutschland steht mit ihrem hohen Maß an ökonomischer Leistung und sozialer Sicherheit international wieder in der Spitzengruppe.

Geradlinige Wirtschaftspolitik als Grundlage von mehr Wachstum und Beschäftigung

Die wachstums- und beschäftigungspolitische **Strategie der Bundesregierung richtet sich konsequent an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft aus.** Sie setzt vor allem auf gesunde öffentliche Finanzen, die Konzentration der Staatstätigkeit auf ihre eigentlichen Aufgaben, eine Senkung der Abgabenlast, ein solides System der sozialen Sicherheit sowie Verzicht auf unnötige bürokratische Einengungen. So wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft am besten dauerhaft gesichert.

Chancen des technischen Fortschritts

Der technische Fortschritt hat einen positiven Einfluß, indem er die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärkt und gerade in den Bereichen Arbeitsplätze schafft, in denen er am wirksamsten zum Zuge kommt.

Mehr Beschäftigung durch höhere Investitionen

Investitionen sind in einer dynamischen Wirtschaft eine Schlüsselgröße für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Bundesregierung sieht in dem kräftigen und anhaltenden Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen einen entscheidenden Erfolg ihrer Bemühungen um ein investitionsfreundlicheres Klima. Eine deutliche Ausweitung der Investitionen in der Wirtschaft über längere Zeit ist erforderlich, um die Folgen der ausgeprägten Investitionsschwäche in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre auf die Beschäftigung schrittweise zu überwinden.

2. Gesamtwirtschaftliche Elemente einer Politik für beschäftigungswirksames Wachstum und für Stabilität

Kontinuität, Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik in ihren Teilbereichen wie im ganzen sind — auch nach Auffassung des Sachverständigenrates — grundlegende Leitgedanken dafür, wie durch Verbesserung der Rahmenbedingungen von seiten des Staates Unsicherheit bei Unternehmen oder privaten Haushalten verringert und das Vertrauen der Wirtschaft gestärkt werden kann.

Die Bundesregierung unterstreicht mit dem Rat, daß eine stetige, voraussehbare und in sich widerspruchsfreie Politik die besten Voraussetzungen für sichere Erwartungen schafft und auch den wichtigsten Beitrag darstellt, den die Bundesrepublik Deutschland als einzelnes großes Industrieland zur Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu leisten vermag.

Stabile und solide Haushaltspolitik

Ein zentrales Element der Strategie der Bundesregierung zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung ist die Politik zur **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**. Mit Hilfe einer **strengen Ausgabendisziplin** konnte 1985 die **Nettoneuverschuldung** im Bundeshaushalt **erneut deutlich** auf 22,4 Mrd. DM **zurückgeführt** werden. Mit dem Bundeshaushalt 1986 wird die auf Stabilität und Solidität gegründete Haushaltspolitik der Bundesregierung fortgesetzt.

Wachstumsfördernde Steuerpolitik

Die Bundesregierung hat ihr steuerpolitisches Drei-Stufen-Programm, das sie zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hat, wie vorgesehen verwirklicht. Damit sind im wesentlichen die in dieser Legislaturperiode möglichen Steueränderungen abgeschlossen. **In den kommenden Jahren wird die Steuerpolitik einer der Schwerpunkte zur Schaffung besserer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sein.** Die Bundesregierung hält daher in der kommenden Legislaturperiode einen weiteren größeren steuerpolitischen Reformschritt für notwendig.

Der Leitgedanke muß lauten: Besser niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen.

Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen

Der Bereitstellung von mehr haftendem Kapital und der Verstärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen kommt nach wie vor hohe wirtschaftspolitische Bedeutung für mehr Wachstum und Beschäftigung zu. Die von der Bundesregierung eingeleiteten Schritte zur Verbesserung der Ertragsverhältnisse der Unternehmen haben inzwischen Früchte getragen: **Das Aufkommen an Eigenmitteln hat sich erheblich verstärkt.** Der seit Mitte der sechziger Jahre sinkende Trend der Eigenkapitalquote hat sich nicht weiter fortgesetzt. Weitere Verbesserungen der Außenfinanzierung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen sind auf den Weg gebracht worden.

Beschäftigungsorientierte Tarifpolitik

In einer verantwortungsbewußten Tarifpolitik sieht die Bundesregierung ebenso wie der Sachverständigenrat einen wesentlichen Beitrag für mehr Beschäftigung. **Die maßvollen Tarifabschlüsse der letzten Jahre haben nicht nur die Rückkehr zur Geldwertstabilität gefördert und einen Anstieg der Realeinkommen erleichtert, sondern zugleich vor allem auch eine spürbare Belebung der Investitionen und die Wiederbesetzung vorhandener sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze begünstigt.**

Es kommt jetzt darauf an, diese positiven Ergebnisse durch entsprechende tarifpolitische Entscheidungen zu konsolidieren und auszubauen. Wichtig ist es dabei, das beschäftigungspolitisch mittelfristig Erreichbare nicht durch zu hohe, vom Verteilungsspielraum her kurzfristig vielleicht durchsetzbare Lohnsteigerungen in Frage zu stellen. Die Lohnpolitik sollte mittelfristig orientiert sein.

Zukunftsorientierte Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik

In einer Phase hohen Anpassungsdrucks auf die gesamte Volkswirtschaft haben berufliche Aus- und Weiterbildung, Wiedereingliederungshilfen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zunehmende Bedeutung erlangt. Angesichts des großen Problems einer ausreichenden **Qualifikation der Arbeitskräfte** in einer sich schnell ändernden technischen Arbeitswelt ist vor allem die Wirtschaft — Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitnehmer — zu verstärkten Qualifizierungsanstrengungen aufgerufen. Alle Beteiligten haben hier eine besondere Verantwortung, zumal dadurch in beträchtlichem Maße die längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungschancen bestimmt werden. Diese Verantwortung schließt das Problem der Jungakademiker-Arbeitslosigkeit mit ein, dem in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Es kommt darauf an, die Flexibilität am Arbeitsmarkt und die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft der Arbeitnehmer zu verbessern.

Kernaufgaben der Arbeitsmarktpolitik sind insbesondere die Sicherung eines ausreichenden, regional möglichst ausgeglichenen und berufsfachlich vielfältigen Angebots an qualitativ guten Aus- und Weiterbildungsplätzen und damit die Möglichkeit der Umstellung auf neue Arbeitsinhalte und neue Tätigkeitsfelder. Dazu gehören Tätigkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere auch Dienstleistungen im weitesten Sinne, wie z. B. im Bereich der Pflege und der zwischenmenschlichen Kommunikation, der Medien, der Kunst und der Unterhaltung.